



## „Ohne Assad“

POLITIK Seite 09



## Théâtre Ouvert

KULTUR Seite 15



## Elyas M'Barek im Interview

ZOOM Seite 24

Dönschdeg,  
29. September 2015

LËTZEBUERGER

68. Joergang  
N°226

# Journal

Politik, Finanzen a Gesellschaft

## Elitenkiller oder Sozialideal?

**Inklusion** gilt als angestrebtes Ziel in den Schulen - Was wirklich dahinter steckt und wie weit Luxemburg ist

**Seiten 03-05**

Foto: Shutterstock



### AM FOKUS

#### KLOERTEXT

**Mehr Rassismus im Netz**  
Auf das Phänomen sollte schnell reagiert werden  
☞ Seite 03



#### POLITIK

**L'union fait la force**  
Les trois associations d'ingénieurs fusionnent et associent l'OAI  
☞ Page 10



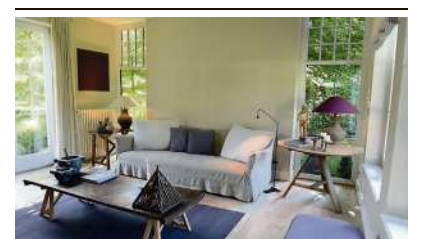
#### UECHTER D'LAND

**Grundsatzbeschluss**  
Luxemburg: Gemeinderat stimmt für den Bau der neuen Feuerwache  
☞ Seite 17



#### WIRTSCHAFT

**Renault rachète Lotus F1**  
L'écurie de Gérard Lopez va retrouver le célèbre losange  
☞ Page 25



#### LIFESTYLE

**Décoration intemporelle**  
La famille Leroy invite le public à découvrir sa maison  
☞ Page 30

1,40 EUR



### OPGEPIKT

## SuperBloodMoon

War das (am Sonntag, nach dem „Tator“) eine Nacht! Anstatt unter einem „Häppi Diwwi“ gemütlich Schäfchen zu zählen, so wie wir das sonst tun, standen wir uns auf unserer Terrasse stundenlang die Beine in den Bauch, nur um dem Mond dabei zuzugucken, wie er immer weniger und immer röter wurde. Claudia Monti, eine der beiden Vizepräsidentinnen der DP, war jedenfalls total aus dem Häuschen, nämlich auf dem Balkon, wo sie sogar noch Zeit fand, in die Welt hinaus zu tweeten: „#SuperBloodMoon ...l'occasion de se retrouver avec quelques voisins à papoter en pleine nuit sur nos bal-



**PASCAL STEINWACHS**  
mag keine Lederboxen.

cons“. Wer den Superduper-Blutmond verpasst hat, hat indes nichts verpasst, kommt der nächste doch bereits im Jahr 2033. Ob unser Staatspremier den Blutmond auch in New York gesehen hat, wo er momentan immer noch die Welt rettet, entzieht sich leider unserer Kenntnis, dafür hat aber das „Tagblatt“ herausgefunden, dass „Bettel mit Beyoncé im Central Park“ war, und LSAP/CSV-Urgestein Astrid Lulling in Mondorf die Betten testete. CSV-Fraktionschef Claude Wiseler wurde seinerseits dabei erwischt, wie er auf dem „Alzenger Oktoberfest“ abrockte - zwar leider ohne Lederbox, dafür aber mit Martine Hansen (mit Lederbox)...

## Hoffnungsschimmer

### Gentest kann Frauen mit Brustkrebs die Chemotherapie ersparen

**NEW YORK** Hoffnungsschimmer im Kampf gegen Brustkrebs: Viele Frauen mit der Krankheit im Anfangsstadium können einer Studie zufolge auf die gefürchtete Chemotherapie verzichten, ohne ihre Heilung zu beeinträchtigen oder künftigen Krebs zu riskieren.

Dies mache ein neuartiger Gentest möglich, heißt es in einer gestern im Fachblatt „New England Journal of Medicine“ veröffentlichten Studie. Der Test könne genau bestimmen, bei welcher Frau eine Antihormontherapie ausreicht.

Für die Studie der Forschungsgruppe Eastern Cooperative Oncology hatten die Wissenschaftler 10.253 Frauen mit Brustkrebs im Anfangsstadium aufgrund des Gentestes „Oncotype DX“ in ver-

schiedene Risikogruppen eingeteilt. Danach wurde entschieden, bei welchen Patientinnen eine Chemotherapie notwendig war, um etwa die Ausbreitung von Krebszellen auf andere Organe zu verhindern und eine neue Erkrankung zu vermeiden.

Bei 16 Prozent der Frauen wurde das Risiko einer erneuten Krebserkrankung als gering eingestuft und eine Antihormontherapie als ausreichend erachtet. Fünf Jahre später seien 98 Prozent dieser Frauen noch am Leben gewesen, und 94 Prozent hätten keine Art von Krebserkrankung an anderen Körperteilen oder der anderen Brust aufgewiesen, heißt es in der Studie. Die Ergebnisse für die anderen Risikogruppen sind noch nicht veröffentlicht.

AP





**Thema vum Dag**  
Mehr zum heutigen  
Tagesthema „Inklusion“  
finden Sie auf den  
folgenden Seiten  
🔗 Seite 04 & 05

WO STEHEN WIR?

# Ausleseinstrument

## Barrierenreicher Weg zur inklusiven Schule

Die Beschulung von Kindern, die als besonders förderungsbedürftig gelten, ist keineswegs eine Herausforderung, die erst in den vergangenen Jahren als solche wahrgenommen wurde. Wurde die Energie aber im 20. Jahrhundert eher darauf verwendet, Sonderschulen für Kinder mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung aufzubauen, so steht seit mehreren Jahren die Inklusion in den Regelschulbetrieb im Vordergrund. Eine „Schule für alle“ soll entstehen. Die Umsetzung dieses Ideals schreitet langsam voran. Zu langsam, wie viele befinden. Dass aber zumindest der systematischen Ausgrenzung Einhalt geboten wurde, darf als positive Entwicklung gewertet werden. Laut dem „Bildungsbericht Luxemburg 2015“ wurden bereits im Jahr 1948 in einem ministeriellen Rundschreiben erste Überlegungen zur Unterstützung von Kindern mit Lernproblemen innerhalb der Regelschule thematisiert. 1959 wurde erstmals eine Spezialklasse für Betroffene eingerichtet. In den darauffolgenden Jahren entstand eine Vielzahl von Sonder- und Spezialklassen. 1968 öffnete das „Centre de Logopédie“ seine Türen für Schüler mit Hör- und Sprachbehinderungen.

Erst im Jahr 1973 wurde die Schulpflicht indes ausdrücklich auf Kinder mit Behinderungen ausgedehnt und demnach eine langjährige Diskriminierung aus der Welt geschafft. Gleichzeitig wurden intensivere Bestrebungen unternommen, die schulische Integration von Kindern mit einer Beeinträchtigung voranzutreiben und damit Antworten beziehungsweise Alternativen zu segregierenden Einrichtungen zu bieten. Die Einführung der Förderschulen (Education Différenciée, kurz Ediff) in den 1970er Jahren war für betroffene Eltern wohl eine Erleichterung, eine Integration in die reguläre Primärschule damals aber noch kein richtiges Thema. Zum einen fehlte es an ausgebildetem und außerdem bereitwilligem Lehrpersonal, zum anderen wurde die Sprachenvielfalt im luxemburgischen Schulsystem als zu großes Hindernis eingestuft. Mit

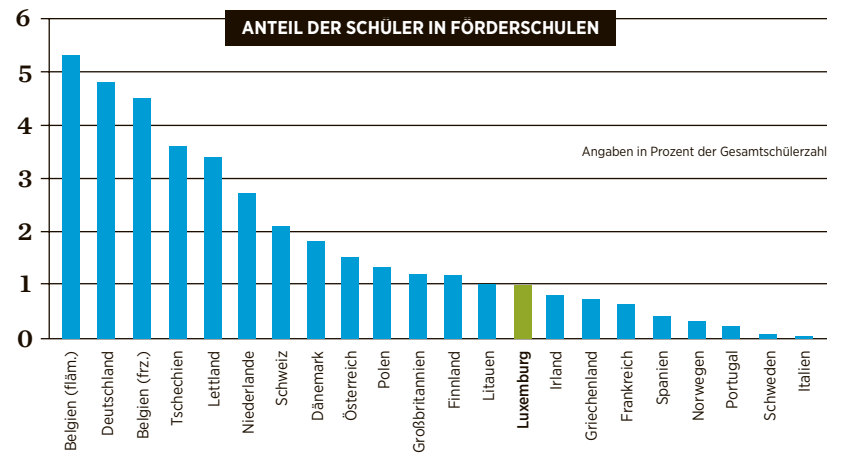
dem Integrationsgesetz von 1994 wurde der Weg zur Inklusion schließlich (zumindest) geebnet.

Mittlerweile gibt es in vielen Schulen gute Beispiele von gelungener Inklusion. Die Verpflichtungen, die Luxemburg 2011 mit der Ratifizierung der UN-Konvention eingegangen ist - die Grundschule muss zu einer inklusiven Schule werden -, konnten aber noch nicht erfüllt werden. Auch im Bildungsbericht 2015 fällt die Bilanz ernüchternd aus: „Wirft man einen zusammenfassenden Blick auf die sonderpädagogische Förderung und schulische Integration in Luxemburg, so lässt sich eine grundlegende Veränderung nach Inkraftsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention noch nicht erkennen.“ Das spiegelt sich letztlich auch in den Statistiken des Bildungsministeriums wider. 835 Schüler, darunter 275 Mädchen und 560 Jungen, besuchten im Schuljahr 2013/14 eine Ediff-Klasse. Die Anzahl der Schüler ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen. Auf der anderen Seite - und das ist etwas erfreulicher - ist aber die Zahl der Kinder, die im Rahmen eines besonderen Förderungsbedarfs außerhalb des Landes unterrichtet werden, seit 2008 kontinuierlich gesunken. Die Anzahl der Schüler mit offiziellem Förderbedarf, die in Regelschulen - demnach die Grundschule - integriert sind, schwankt dagegen von Jahr zu Jahr.

„(...) keine bedeutsame Zunahme des Prozentsatzes der Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf, die in der Regelschule unterrichtet werden, wie dies eigentlich zu erwarten wäre“, wird im erwähnten Bildungsbericht festgestellt. Noch befinden sich zu viele Barrieren auf dem Weg zur inklusiven Schule. Aufzählen kann man eine ungenügende Ausbildung der Lehrer in diese Richtung, unzureichend funktionierende „équipes multiprofessionnelles“ und die Tatsache, dass die maximale Verweildauer im Grundschulsystem (Zyklus 2 bis 4) auf acht Jahre begrenzt ist. Inklusion bleibt eine Baustelle. Zumindest wird aber daran gearbeitet.

SIMONE MOLITOR

## SONDERPÄDAGOGISCHER FÖRDERBEDARF



## EXKLUSION VERSUS INTEGRATION IN LUXEMBURG

Jahr	Ediff. (1)	CED (2)	INST (3)	Ausland (4)	Integr. Schüler (5)
2000/1	700	308	392	77	720
2001/2	746	318	428	87	771
2002/3	694	353	341	104	695
2003/4	718	381	337	110	564
2004/5	706	389	317	123	-
2005/6	681	293	388	149	386
2006/7	707	403	304	176	371
2007/8	671	382	288	266	383
2008/9	663	376	287	257	613
2009/10	608	363	245	169	487
2010/11	690	400	290	165	442
2011/12	779	435	344	154	554
2012/13	848	470	378	124	496
2013/14	835	-	-	-	630

Anzahl in Schüler

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung lagen die Daten für 2013/14 noch nicht komplett vor

- (1) regionale Einrichtungen der Förderschulen (Education Différenciée) und der spezialisierten Institute
- (2) regionale Förderschulzentren (CED)
- (3) spezialisierte Institute (spezifische Förderbereiche wie Autismus, sozial-emotionale Entwicklung, körperliche Entwicklung, sensorielle Förderung)
- (4) Schüler aus Luxemburg, die im Rahmen eines besonderen Förderungsbedarfs außerhalb des Landes unterrichtet werden
- (5) Anteil der Schüler mit Förderbedarf in Regelschulen

**OBEN** Laut einem unabhängigen Bericht des NESSE-Expertenetzwerks für die EU-Kommission besuchte im Jahr 2011 ein Prozent der luxemburgischen Schülerschaft die Förderschule  
Quelle: NESSE  
**UNTEN** Die Anzahl der Schüler, die im Ausland untergebracht werden, ist kontinuierlich zurückgegangen, die Anzahl der in Grundschulen integrierten Schüler schwankt von Jahr zu Jahr  
Quelle: MENJE/Bildungsbericht 2015

## KLOERTEXT - RASSISMUS IN SOZIALEN NETZWERKEN

# „Wir müssen das Phänomen thematisieren und darauf reagieren“

EUGÈNE BERGER  
DP-Fraktionschef

Dass Facebook zwar freizügige Fotos wegen moralischer Bedenken automatisch löscht, während rassistische Äußerungen selbst nach Hinweisen darauf nicht entfernt werden, hat in Deutschland kürzlich Reaktionen hervorgerufen. Am Rande des UN-Nachhaltigkeitsgipfels vergangenen Samstag sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel Facebook-Chef Mark Zuckerberg auf das Problem der Hassbotschaften im Internet an und holte sich die Zusicherung, dass sich sein Unternehmen um eine schärfere Kontrolle rassistischer Kommentare im Internet kümmern werde. Das Phänomen ruft auch in Luxemburg Reaktionen hervor.

„Auch in anderen Ländern und schon vor der Diskussion über die Flüchtlinge und den Umgang mit der Flüchtlingskrise gab es Themen, die in sozialen Netzwerken - auf Facebook und Twitter - in höchst zweifelhafter Manier kommentiert wurden - in Luxemburg beispielsweise kürzlich die Diskussion über die Bettler. Im Rahmen der Flüchtlingsdebatte wurden sie aber zahlreicher und auch der Ton hat sich verschärft: Es ist erschreckend, was an rassistischen und fremdenfeindlichen Kommentaren zu lesen ist und an Inhalten gepostet wird. Hier werden Hemmschwellen bewusst oder unbewusst überwunden, die - das sollte man nicht vergessen - auch juristische Folgen haben können und teils deutlich in Richtung Volksverhetzung gehen. Kommentare wie ‚Luxemburg wird von Islamisten überschwemmt‘ oder ‚Asylanten raus‘ bis hin zu ‚Müssen wir wieder eine Gaskammer bauen?‘ sind

inakzeptabel. Facebook, Twitter und andere sind kein juristischer Freiraum, die Meinungsfreiheit hat Grenzen, wenn sie in Xenophobie und Volksverhetzung ausartet.

Das Phänomen sollte man nicht ungestört und ungestraft hinnehmen und laufen lassen. Denn je länger wir mit einer Reaktion warten, umso mehr macht sich Akzeptanz breit. Ich habe aus diesem Grund den für Medien zuständigen Minister Xavier Bettel sowie den für Netzsicherheit zuständigen Wirtschaftsminister Etienne Schneider zu einer gemeinsamen Sitzung der betroffenen Parlamentsausschüsse geladen. Dabei sollen Ideen diskutiert werden, was wir konkret unternehmen können.

Es ist auch an den Bürgern, zweifelhafte Inhalte der Staatsanwaltschaft zu melden, darauf muss mehr hingewiesen werden. Eine andere Möglichkeit wäre beispielsweise, die für Fragen der Netzsicherheit zuständige Initiative ‚BEE SECURE‘ als Anlaufstelle zu nutzen, um zweifelhafte Inhalte melden zu können. Kommentare müssten auch übersetzt werden, damit Facebook reagieren kann. Denkbar sind auch Aktionen zusammen mit der Justiz. Es geht darum, einen psychologischen Effekt bei den Nutzern zu erzielen, dass Rassismus und Volksverhetzung Folgen haben. Denn nicht jeder ist sich bewusst, dass er sich strafbar machen kann - auch wenn er rassistische Kommentare in sozialen Netzwerken teilt und weiter postet.“

„Rassistische Kommentare dürfen wir nicht zu lange aus dem Ruder laufen lassen“





**Jakob-Muth-Preis**

Der Jakob Muth-Preis für inklusive Schule zeichnet seit 2009 deutsche Schulen aus, die inklusive Bildung beispielhaft umsetzen. Beiträge auf Youtube zeigen, wie.

👉 [www.tinyurl.com/ookh2a8](http://www.tinyurl.com/ookh2a8)

Dönschdeg,  
29. September 2015  
*Journal*

# „Beste Schüler sind bei Inklusion Gewinner“

Was bringt Inklusion wirklich – und was soll es überhaupt sein? Ein Experte antwortet

ESCH/ALZETTE  
CORDELIA CHATON

**I**nterview mit Prof. Justin Powell, Professor für Bildungssoziologie an der Universität Luxemburg, über das EU-Projekt zur Inklusion „Teaching Diverse Learners in School Subjects“ (TdiverS), bei dem er mit Michelle Brendel und Alain Adams Luxemburg vertritt.

**Prof. Powell, seit drei Jahren läuft das Comenius-Projekt, bei dem sechs EU-Länder voneinander in Sachen Inklusion lernen wollen. Wie weit sind Sie jetzt?**

**PROF. JUSTIN POWELL** Jetzt ist Halbzeit. Wir treffen uns alle sechs Monate. Allein dadurch, dass wir direkt mit den Schulen, Lehrern und Schülern reden, lernen wir wirklich viel voneinander. Bislang zeigt sich, dass es in den unterschiedlichsten Kulturen Möglichkeiten für Inklusion gibt. Die Herausforderungen sind überall gleich. Zunächst geht es um eine Bewusstseinsbildung. Dann müssen die Begriffe klar sein. Früher wurde beispielsweise über Integration gesprochen, heute über Inklusion. Ich sehe das Comenius-Projekt TdiverS als eine Chance für die Pädagogik der Vielfalt. Denn bei Inklusion geht es nicht nur um Kinder mit Förderbedarf, sondern auch um verschiedene Ethnien und Migrationserfahrungen, Geschlecht, sexuelle Orientierung, andere Sprachen. Der Sinn ist, das nutzbar zu machen für Lernprozesse. Die Flüchtlingsproblematik zeigt aktuell, wie abhängig man dabei von der Politik ist, um die nötigen Kontextbedingungen herzustellen.

**Welche Unterschiede gibt es zwischen den Ländern?**

**PROF. POWELL** Alle leisten ihren Teil. Dabei geht es nicht nur um Geld. Das war eine Lektion unseres Spanien-Besuchs. Dort haben wir Inklusion sowohl in den ärmsten als auch in den reichsten Vierteln erlebt. Die Ressourcen sind wichtig, aber nicht mehr. Der Wille, eine demokratische Schule für alle zu etablieren, ist am wichtigsten.

**Was hat Luxemburg im Rahmen des Projekts gelernt?**

**PROF. POWELL** Wir haben unterschiedliche Schulpartner, die sich beim Projekt TdiverS engagieren, beispielsweise hat die Schule Jean Jaurès in Esch die Besucher mit ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt beeindruckt. Wir glauben auch, dass viele Schulen in Luxemburg inklusiv sind, sich aber nicht so nennen. Vielleicht finden sie das Etikett nicht nur vorteilhaft. Dennoch: Wir suchen noch weitere Partnerschulen. Denen bieten wir unter anderem einen Austausch zwischen Lehrkräften und Wissenschaftlern aus dem Norden, Osten, Süden und Westen Europas an. Das Grundproblem aller Schulen ist immer wieder: Wie nutze ich die Vielfalt jeder Lerngruppe positiv?

**Wann funktioniert Inklusion denn?**

**PROF. POWELL** Inklusion funktioniert, wenn es ein Konzept für eine Region gibt, beispielsweise einen Verteilungsschlüssel oder Integrationsklassen. Frontalunterricht



Foto: Isabella Finzi

mit einer Lehrkraft erschwert inklusive Bildungsprozesse. Sinnvoll kann Lernen anhand von Projekten sein. Die Lehrer brauchen eine zusätzliche Ausbildung und es sollen optimalerweise mehrere Pädagogen im Raum sein. In Luxemburg gibt es ambulante pädagogische Dienste für die Schulregionen, in die Luxemburg aufgeteilt ist.

**Was bringt Inklusion?**

**PROF. POWELL** Wissenschaftliche Studien zeigen immer wieder, dass Inklusion mehr soziale Kompetenz für alle bringt. Gleichzeitig bewirkt die Tatsache, dass stärkere Lerner schwächeren helfen, dass die Guten noch besser werden. Beste Schüler sind also Gewinner der Inklusion, wobei es keinen Nachteil für schlechte Schüler gibt.

**Verhindert Inklusion Eliten?**

**PROF. POWELL** Eliten können sich durchsetzen – aber sie haben auch oft Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, denken Sie nur an die Kennedy-Familie in den USA. Andere Eliten sehen die Gefahr des akademischen Niveaus. Aber das wird stark überbewertet. Letztlich galten Sonderschulen lange als Normallösung, mit der Regelschulen sich der so genannten Problemkinder entlastet haben. Aber heute geht es an den Normalschulen vor allem um Pisa. Pisa sagt etwas aus über das System vor zehn Jahren, nicht über den Stand jetzt. Es schafft Druck und nicht unbedingt eine sinnvolle Stimmung zum Lernen. Inklusion kann da helfen, ganzheitlicher zu unterrichten. Wenn man das zu Ende denkt, stellt Inklusion nicht nur statifizierte Bildungssysteme in Frage, sondern auch die Gesellschaftsstruktur. Wie wollen wir zusammen leben?

**Wohin würden Sie Ihre Kinder am liebsten auf die Schule schicken?**

**PROF. POWELL** Die nordischen Länder sind sehr weit auf dem Weg zur Inklusion. Aus unserem Projekt sind Island und Schweden klare Vorreiter in der Inklusiven Bildung. Auch Finnland hat viel investiert, gerade in die Lehrerbildung. In diesen Ländern kann und wird sofort auf Lernschwierigkeiten reagiert. Das ist viel sinnvoller, als eine Klasse zu wiederholen oder auf die Sonderschule zu kommen. Dann ist man sein Leben lang abgestempelt. Wer auf die Sonderschule geht, bezieht hinterher leider sehr oft Sozialhilfe. Gesellschaftlich ist klar, vertane Lernchancen bei der Schulbildung kosten später mehr.

**Viele Luxemburger schicken ihre Kinder auf Sonderschulen im Ausland.**

**PROF. POWELL** Das ist besorgniserregend, denn wenn ein Kind länger im Ausland war, kann es aufgrund fehlender Sprachkompetenzen schwer ins hiesige System zurück. Die Investition in inklusiver Bildung zahlt sich aus in gesellschaftlicher Integration und sollte für alle gelten. Das Problem ist, dass sich viele Menschen nicht vorstellen können, dass Inklusion wirklich funktioniert, weshalb wir inspirierende Praxen aus ganz Europa sammeln, um zu zeigen, wie es geht. ●



## COMENIUS-PROJEKT

Luxemburg, Litauen, Deutschland, Spanien, Island und Schweden haben im Dezember 2013 ein auf drei Jahre angelegtes Projekt zur Inklusion im Rahmen des EU-Programms Comenius begonnen. Es geht darum, vom jeweils anderen Land zu lernen, ein Netzwerk zu schaffen und den direkten Kontakt herzustellen. Das Projekt beschreibt die Ausgangslage in den Ländern und geht auf die Entwicklung ein, die bislang stattgefunden hat.

👉 [www.tdivers.eu](http://www.tdivers.eu)







### HMC-Konferenz

Die Ligue HMC bietet einen Konferenz-Zyklus vom 5. Oktober bis 23. November an. Dazu gibt es einen Fotowettbewerb, Workshops und am 3. Dezember ein Abschlussfest.

➔ Mehr unter [www.go-inclusive.net](http://www.go-inclusive.net)

#### DIE UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION

##### Auf Inklusion ausgelegt

Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen ist ein 2006 von der UN-Generalversammlung in New York verabschiedeter und 2008 in Kraft getretener völkerrechtlicher Vertrag. Die UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet neben der Bekräftigung allgemeiner Menschenrechte auch für behinderte Menschen eine Vielfalt spezieller, auf die Lebenssituation behinderter Menschen abgestimmte Regelungen. Luxemburg hat die Konvention am 30. März 2007 unterzeichnet und am 13. Juli 2011 ratifiziert.

Speziell zur Bildung heißt es im Artikel 24, dass die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung anerkennen.

„Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen“.

In einer Schattenübersetzung des „Netzwerk Artikel 3“, das sich für Menschenrechte und die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

einsetzt, ist von einem „inkluisiven Bildungssystem“ die Rede. Zentrale Punkte bei der Umsetzung sind, dass Menschen mit Behinderungen „nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“, dass sie „gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht“ haben und dass sie „innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern“.

Darüber hinaus sollen die Staaten beispielsweise das Erlernen von Brailleschrift und der Gebärdensprache erleichtern, in Gebärdensprache oder Brailleschrift ausgebildete Lehrkräfte einstellen oder Mitarbeiter auf allen Ebenen des Bildungswesens schulen und sensibilisieren. LJ

➔ Quellen: [www.behindertenrechtskonvention.info](http://www.behindertenrechtskonvention.info)  
➔ [www.behindertenbeauftragter.de](http://www.behindertenbeauftragter.de)

#### INKLUSION

##### Prinzip der Vielfalt

Unter Inklusion versteht man das Prinzip der Wertschätzung und Anerkennung der Diversität. Alle Schüler, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder auch Behinderung, besuchen gemeinsam und gleichberechtigt die Schule. Das Prinzip der Inklusion bedeutet, dass nicht die Schüler sich einem System anzupassen haben, sondern dass es Aufgabe der Schule ist, sich an die Schüler und ihre jeweiligen Kompetenzen und Talente anzupassen. Die UN-Behindertenrechtskonvention spricht in Artikel 24 von einem „inclusive education system“. In diesem Sinne ist zu verstehen, wenn als ein Ziel formuliert wird, „Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen“. LJ

#### STATEMENTS VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

„Ech hunn Schoul owes, ech léieren do d'Alphabet a Franséisch, ze liesen an ze schreiwen. Bis den Alter vun 10 Joer sinn ech an eng normal Schoul gaangen. Mee dunn, well ech méi lues sinn, wollten d'Proffen net méi dass ech kommen. Du sinn ech an d'Belsch an d'Schoul gaangen an du sinn ech hei bei d'Ligue an de Stage komm. Hei war Platz“

NADINE A. | 25 Joer al (2013)

Quelle: Step by Step. 50<sup>e</sup> anniversaire Ligue HMC 1963-2013

„An verschidde Saachen si mir benodeelegt. Et sinn der vill déi da soen: „A do kënnst erëm sou een“, sou op der Strooss. Ech schwätzen net fir mech alleng, mä et ass sou am Allgemengen“

FRANÇOISE U. | zur Fro, wat et heescht, eng Behënnerung ze hunn

„Wann een a verschiddene Saachen net eens gëtt“

MAGGY R. | zur Fro, wat et heescht, eng Behënnerung ze hunn

#### FRANKREICHS FALSCHER INKLUSION

Es war ein hehres Ziel, dass sich die französischen Abgeordneten setzten, als sie 2005 entschieden, dass jedes Kind mit egal welcher Behinderung an die Schule seiner Wahl kann. Daraufhin stiegen die Zahlen in der Grundschule um ein Drittel und in der weiterführenden Schule um das Doppelte. Welche Eltern wollten schon ein Kind ohne Abschluss in einem Arbeitsmarkt mit einer Jugendarbeitslosigkeitsrate von 25 Prozent? Was nicht folgte, war eine Änderung des Unterrichts. Da eine Begleitung vieler Behinderter notwendig war, stellte der französische Staat kurzerhand Langzeitarbeitslose unabhängig von ihrer Ausbildung dafür ab. Nach fünf Jahren endet deren Vertrag, damit der Staat nicht zu einer Übernahme verpflichtet ist. Der Anteil von Kindern mit einem Handicap schwankt um die zwei Prozent. CC

#### MEHR ERFAHREN

➔ [INTERVIEW](#) Seite 06

➔ [UECHTER D'GRENREGIOUN](#) Seite 22



Quelle: Shutterstock



# „D'Schoul muss sech dem Kand upassen“

Auf dem Weg zur Inklusion in der Bildung gibt es noch viel zu tun

LUXEMBURG  
CHRISTIAN BLOCK

**M**it der Unterzeichnung und der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2007 beziehungsweise 2011 hat sich Luxemburg dazu verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Erreicht ist dieses Ziel noch nicht, auch wenn es zu diesem Schulbeginn Ankündigungen in diese Richtung gegeben habe, sagt Patrick Hurst, Präsident von „Nëmme Mat Eis!“. Der Verein ohne Gewinnzweck beobachtet die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Luxemburg und fordert, das Recht auf Inklusion durchzusetzen. Auf einer ersten Ebene meint Hurst damit das Recht, im Sinne des Anti-Diskriminierungsgesetzes aus dem Jahr 2011 nicht aufgrund einer Behinderung benachteiligt zu werden. Zweitens, dass ihre Bedürfnisse auch in der Politik berücksichtigt werden und eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft ermöglicht wird. Das sei „bis jetzt nicht immer garantiert“, sagt Hurst. Was Inklusion in der Schule betrifft, müsse es mehr Unterstützung für Kinder mit Behinderungen geben und mehr Vorschriften, was die Zugänglichkeit von Schulen betrifft, Braille-Markierungen zum Beispiel.

Auch wenn der Weg in bestimmten Fällen nicht an einer Sonder- oder Spezialschule vorbeiführe, sollte das Recht, dass alle Kinder und Jugendliche eine normale Schule besuchen, „die Regel sein“, sagt Hurst. „Kinder mit Behinderung sollten die gleichen Chancen haben, auch auf einen entsprechenden Abschluss“.

## Exklusion statt Inklusion

Auch Chantal Mertens, Präsidentin von „Zesummen fir Inklusion“, spricht sich für Inklusion aus. Im Grunde unterscheidet sie zwei Fälle: Bei einer schweren Behinderung gebe es praktisch direkt nach der Geburt eine Betreuung, die über die Nationale schulmedizinische Kommission (CMPP) läuft. Wird ein Kind in der Schule auffällig, ist eine der rund 20 Kommissionen für schulische Inklusion (CIS) zuständig, die mit dem Schulgesetz aus dem Jahr 2009 geschaffen wurden. Diese Kommissionen setzen sich aus dem jeweiligen Schulinspektor, einem Lehrer sowie drei Mitglieder der „Equipes multiprofessionnelles“ zusammen, davon mindestens einer aus der „Education différenciée“ (EDIFF). Die CIS entscheidet auf der Grundlage von Tests, wo ein Kind hinkommt. Die Eltern könnten zwar laut Gesetz Einspruch erheben, doch das

## „Kinder mit Behinderung sollten die gleichen Chancen haben“

PATRICK HURST, Nëmme Mat Eis!

sei schwierig, berichtet Mertens. Zudem spricht sie von Fällen, in denen Eltern ein schlechtes Gewissen gemacht werde. Ein weiteres Problem sei, dass die meisten Schüler nicht mehr ins normale System zurückkehren, was mit Inklusion nicht viel zu tun habe. Viele Eltern würden auch aus Unzufriedenheit über das System ihre Kinder im nahen Ausland unterbringen.

### Vorteile für alle Schüler

Aufgabe der CIS sei es, sicherzustellen, dass genug Hilfe verfügbar ist. „Das ist eine Personalfrage“, sagt Mertens. Dabei gebe es ihr zufolge auch Lösungen, die wenig kosten würden, wenn man die „Education différenciée“ in die normale Schule hineinbringen würde. So könnte es in einer Klasse neben dem Lehrer noch einen Erzieher geben, der sich spezifisch um Schüler mit Behinderung kümmert. „Das wäre auch eine Chance für nicht-behinderte Schüler, einen unproble-

matischen Umgang mit einer Behinderung zu erlernen“, sagt Hurst. Auch könne man sich einen Stundenplan vorstellen, in dem Kinder mit einer Behinderung zumindest stundenweise von der restlichen Klasse getrennt sind. In vielen Schulen fehlt es allerdings an Rückzugsräumen und es würde Hurst zufolge auch mehr Personal gebraucht werden. Zudem sind nicht alle Gebäude barrierefrei. Das entsprechende Gesetz von 2001 sieht vor, dass neue und renovierte Gebäude zugänglich sein müssen.

Eine weitere Hürde ist die Einstellungsprozedur. Der Staat richte sich bei der Personalrekrutierung nach dem administrativen, nicht nach dem Schuljahr, wo bereits im Juli zuvor bekannt sei, wie viel Personal gebraucht werde.

Im Gespräch mit Mertens und Hurst wird auch deutlich, dass noch einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Zwar gebe es Lehrer, die dem Thema Behinderung positiv gegenüber stehen würden, andere aber wiederum nicht, berichtet Hurst. Zum Teil lasse sich das auch auf den Leistungsdruck zurückführen, der in den Schulen herrsche, sagt Mertens. „Da stören diese Kinder“.

### Schritte in die „richtige Richtung“

Die von Bildungsminister Claude Meisch zum Schulbeginn vorgestellten Projekte zum Thema Inklusion gehen für Patrick Hurst, „in die richtige Richtung“, auch wenn das Ergebnis abzuwarten bleibe. Meisch kündigte konkrete Reformpläne für die „Education différenciée“ in den kommenden Monaten an. Unter anderem soll die CIS stärker mit dem „Office National de l'Enfance“ (ONE) zusammenarbeiten.

Für die Betreuung von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten oder Lernschwierigkeiten soll ein Stufenmodell eingeführt werden, wobei zunächst ein inklusiver Ansatz verfolgt wird: „Zuerst sollen die Schulen dazu befähigt werden, sich selbst mit dieser flächendeckenden Problematik auseinanderzusetzen“. Zu den angekündigten zwei Instituten heißt es von Seiten des Ministeriums, dass „dadurch zeitnahe Interventionen im Klassensaal durchgeführt werden und gegebenenfalls eine Förderung in den Instituten selbst ermöglicht werden“. Schüler mit „niedrigem Förderbedarf“ sollen mittels „kohärenter, lokal angepasster Konzepte für die Remediation und Nachhilfe (...) in ihrer Klasse beziehungsweise Schule aufgefangen werden“.

Auf jeden Fall müsse das Ziel lauten „mehr Inklusion zu haben“, sagt Patrick Hurst abschließend. Chantal Mertens gibt zu bedenken, dass Kinder, die in der normalen Schule bleiben konnten, heute einer regulärer Arbeit nachgehen. Darüber hinaus wäre es auch für Kinder mit Behinderung förderlich, in gemischten Gruppen zu sein.



Nicht alle Schulen sind barrierefrei

Fotos: Editpress (2), Shutterstock



Patrick Hurst ist Präsident von „Nëmme Mat Eis!“



Die „ZEFI“-Vorsitzende Chantal Mertens: Oft sind die Barrieren in den Köpfen das Problem

➔ [tinyurl.com/otvppt6](https://tinyurl.com/otvppt6)



# „Leben wie alle - mittendrin von Anfang an“

Beispielhafte Inklusion: Vom Aktionsplan der Landesregierung zum Landesaktionsplan - Der rheinland-pfälzische Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen im Gespräch

MAINZ  
INGO ZWANK

Das ist die Leitlinie der rheinland-pfälzischen Landesregierung für ihre Politik für und mit Menschen mit Behinderungen“, womit das Ziel angestrebt wird, die möglichst umfassende und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an unserer Gesellschaft.

„2010 hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland einen Aktionsplan zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht“, erklärt Matthias Rösch, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen Rheinland-Pfalz.

„Als rheinland-pfälzische Landesregierung setzen wir die UN-Behindertenrechtskonvention mit Hilfe unseres Aktionsplans um. Im März 2010 haben wir als erstes Bundesland unseren Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. Ziel war, ein Jahr nachdem am 25. März 2009 die UN-Konvention in Deutschland geltendes Recht wurde, unseren Aktionsplan fertig zu stellen. Mit der Beteiligung der Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden ist uns dies, entsprechend unseres Leitsatzes „Nichts über uns - ohne uns“ gelungen“, erklärt Rösch.

## Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Der Aktionsplan ist so aufgebaut, dass die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention möglichst umfassend in allen Lebensbereichen umgesetzt werden. Dazu werden in zehn Handlungsfeldern Visionen, Ziele und 200 konkrete Maßnahmen mit Zuständigkeiten identifiziert und benannt. Wichtig ist, dass alle Bereiche der Landesregierung zu dem Aktionsplan beigetragen haben, „denn die UN-Behindertenrechtskonvention lässt sich nicht auf das Sozialressort beschränken“, sagt der Landesbeauftragte.

Er präzisiert: „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein Aktionsplan der Landesregierung alleine reicht nicht, damit dieser Prozess stattfindet. Dazu braucht es das Engagement der Kommunen, der Kirchen, der Verbände und aller Akteure der Zivilgesellschaft. Dafür haben wir das Symbol des Staffelstabs entwickelt, das die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen der Gesellschaft symbolisiert“, betont Rösch.

„Deshalb freue ich mich, dass viele Städte und Gemeinden eigene Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Konvention entwickelt und beschlossen haben. Auch Boehringer Ingelheim hat als erstes Wirtschaftsunternehmen bun-



Matthias Rösch, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz

Foto: MSAGD

desweit einen eigenen Aktionsplan erarbeitet, wie die UN-Behindertenrechtskonvention in dem Unternehmen implementiert wird.“

Aktuell arbeitet das Land an der Fortschreibung des Aktionsplanes. Nach einer intensiven Beteiligungsphase mit regionalen Workshops, Abfragen unter den Akteuren, und Online-Beteiligung soll der fortgeschriebene Landesaktionsplan am 2. Dezember 2015 vorgestellt werden. „Der Prozess der Fortschreibung wird dabei kontinuierlich vom Landesteilhabebeirat begleitet“, so Rösch.

## Die UN ist zu informieren

Zu den Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention gehört auch, dass die Vereinten Nationen regelmäßig über die Umsetzung informiert werden. Im März 2015 fand in Genf die Anhörung zu der Staatenberichtsprüfung statt. „Der UN-Fachausschuss für die UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland in seinen Empfehlungen aufgefordert, noch mehr für Inklusion, Barrierefreiheit und für den Abbau

von Institutionen für Menschen mit Behinderungen zu tun. An den Empfehlungen der Staatengemeinschaft wird sich die Weiterentwicklung der nationalen Gesetzgebung messen lassen, so wie dies aktuell beim geplanten Bundes-teilhabegesetz, der Novellierung des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes, der Schulgesetze der Länder und

der anstehenden Überarbeitung des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderte Menschen der Fall ist“, sagt Rösch mit Blick auf die

Die Aktionspläne des Bundes, der Länder und der Kommunen haben die wichtige Funktion, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft zu steuern. „Das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht, die unser Engagement und unseren Mut braucht.“

## „Viele Gemeinden haben eigene Aktionspläne erstellt“

Matthias Rösch, Landesbeauftragter für die Belange behinderter

Menschen

eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft zu steuern. „Das ist eine Aufgabe, die uns alle angeht, die unser Engagement und unseren Mut braucht.“

➔ Mehr Informationen zum Aktionsplan der rheinland-pfälzischen Landesregierung finden Sie auf der Webseite [www.inklusion.rlp.de](http://www.inklusion.rlp.de).

ostbelgien  
cantons de l'est - oostkantons

# AGENDA

10-11/2015

FOLKLORE

Die neue Agenda für Gäste, die Ostbelgien in der schönsten Jahreszeit besuchen Foto: TA Ostbelgien

## Urlaubsbegleiter

Ostbelgien stellt neue Herbst-Agenda vor

SANKT VITH/OSTBELGIEN „Leben wie Gott in Frankreich“, heißt es im Vorwort der neuen Agenda für den Herbst 2015 in Ostbelgien, die ab heute in den meisten touristischen Einrichtungen der Region verfügbar ist. Dieser Vergleich mit dem „Savoir-vivre“ der französischen Nachbarn hat in Ostbelgien eine lange Tradition. Denn hier trifft eine qualitativ hochstehende Gastronomie auf ursprüngliche Naturlandschaften sowie ein abwechslungsreiches Freizeitangebot für Wanderer und Radfahrer.

Die neue Agenda „Herbst 2015“ ist der ideale Begleiter für Gäste, die Ostbelgien in der schönsten Jahreszeit besuchen. Zu finden sind darin beispielsweise Angebote für Wanderer, Infos zu den Herbstmärkten, Erntedankfesten oder kulturellen Veranstaltungen. Das Angebot dieser Ausgabe reicht von Oktober bis Ende November, wenn die Vorweihnachtszeit beginnt. Die neue Herbst-Agenda bietet sowohl den Feriengästen und als auch den Einheimischen einen umfassenden Überblick über die Termine der Region.

Erhältlich ist der Eventkalender für Ostbelgien gratis in allen Touristinfo-Büros in den Gemeinden sowie bei vielen Partnerbetrieben der Tourismusagentur Ostbelgien. Die Broschüre kann im Webshop auf [www.eastbelgium.com](http://www.eastbelgium.com) gratis bestellt werden und steht dort auch zum Download oder zum Durchblättern zur Verfügung. LJ

➔ Alle Termine im Herbst 2015 sind im Internet auch unter [www.eastbelgium.com/agenda](http://www.eastbelgium.com/agenda) verfügbar